

## Weihnachtsgruß und alles Gute für 2014

Liebes Mitglied, liebe Interessierte,

kurz vor Jahresende blicken wir an dieser Stelle auf das Jahr 2013 zurück und geben einen Ausblick auf die zukünftigen Erfordernisse in der Pflege.

Das ausklingende Jahr 2013 brachte für die Pflege nur partielle Verbesserungen. Bedauerlicherweise wurde die Reform der Pflegeversicherung unter dem Aspekt der Orientierung an den tatsächlichen Erfordernissen der Pflegebedürftigen nicht umgesetzt. Die Bundesregierung hätte statt ihres Wahlgewinnes mit Reduzierung um 0,7% des Rentenversicherungsbeitrages einen Beitrag zur Sicherung der Versorgungsstrukturen für alle Pflegebedürftigen, pflegende Angehörige und Pflegeprofessionellen durch 0,6% Zulage zur Pflegeversicherung in Höhe der dringend benötigten 6 Mrd. Euro/Jahr leisten müssen.

Positiv zu bewerten ist die Entwicklung in Rheinland-Pfalz in Bezug auf die Errichtung einer Pflegekammer. Nach dem Ergebnis der Befragung unter Pflegenden, hat sich eine überragende Mehrheit von rund 76% für die Pflegekammer ausgesprochen. Diesem Ergebnis folgten politische Taten, indem zeitnah der Entwurf eines Heilberufgesetzes mit Implementierung der Pflegekammer vorgelegt wurde und der Gründungsausschuss seine Arbeit aufgenommen hat. Die Pflegekammer kommt im Jahr 2015. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Kammer ein starkes Instrument zur Vertretung der Pflegenden wird. Es bleibt zu hoffen, dass weitere Bundesländer dem Vorreiter Rheinland-Pfalz folgen werden.

Gemeinsam mit unseren Partnerverbänden im Deutschen Pflegerat konnten wir sicherlich eine weitere Sensibilisierung der umfänglichen Probleme zur pflegerischen Versorgung in den politischen Gremien und Medien und somit auch der Bevölkerung herbeiführen. Trotz dieser umfänglich artikulierten politischen Handlungsnotwendigkeiten fehlt ein politischer Ruck zu grundsätzlichen gesetzlichen Entscheidungen Pro-Pflege.

Aus pflegerischer Sicht stehen 2014 die folgenden Problemstellungen im Vordergrund:

Frohe Weihnachten!  
Mit herzlichen Grüßen

Ihre



Martina Röder  
Vorstandsvorsitzende



- ▶ der immer noch vakante, dringliche neue Pflegebedürftigkeitsbegriff,
- ▶ eine Personaloffensive mit Refinanzierung für die Krankenhäuser,
- ▶ das Berufsgesetz Pflege mit klarer Aufgabendefinition und Vernetzung der Ausbildungen, Krankenpflege, Altenpflege und Kinderkrankenpflege,
- ▶ die Neujustierung und Sicherung der Ausbildungsfinanzierung,
- ▶ Vernetzung der Sozialversicherungssysteme, insbesondere SGB V, SGB IX, SGB XI und SGB XII im Sinne der Entbürokratisierung,
- ▶ eine Intervention gegenüber Kostenträgern bezüglich der Vergütungen ambulanter Pflege und der Pflegesätze in Altenheimen.

Unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels und Fachkräftemangels sind die genannten Punkte dringend tatkräftig anzugehen. Es geht nicht um Erkenntnisdefizite, sondern eindeutig um Entscheidungs- und Handlungsdefizite in den Reihen der Politiker. So sind wir gespannt auf den in Kürze vorliegenden Koalitionsvertrag.

Auch im neuen Jahr werden wir uns mit neuen Kräften und gemeinsam mit Ihnen für eine bessere Pflege in Deutschland stark machen.

Doch nun sollen Besinnlichkeit und das Weihnachtsfest im Vordergrund stehen. An dieser Stelle danken wir Ihnen für Ihren unermüdlichen Einsatz für eine qualitätsorientierte und humane pflegerische Versorgung und wünschen Ihnen, auch im Namen des Vorstandes, der Delegierten und des DPV-Teams ein gesegnetes, geruhames Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und für das Jahr 2014 ein herzliches Glück auf!

Ihr



Rolf Höfert  
Geschäftsführer

## Umfrage zur Delegation ärztlicher Leistungen Patienten reagieren aufgeschlossen

(Berlin). Noch vor wenigen Jahren war die Delegation ärztlicher Leistungen an medizinisches Fachpersonal für viele Ärzte und Patienten undenkbar. Mittlerweile wird das Thema „Übertragung von Heilkunde“ von Medizinern gelassener diskutiert. Auch chronisch kranke Patienten zeigen sich aufgeschlossen, wie eine aktuelle Umfrage des Gesundheitsmonitors von Barmer GEK und Bertelsmann-Stiftung belegt.

Erstmals präsentiert wurden die Ergebnisse am 22.10.13 am Rande eines Kongresses zum Einsatz arztentlastender Fachkräfte in Berlin. Demnach signalisierten insgesamt 63 Prozent der Befragten generelle Bereitschaft, sich von Angehörigen anderer Gesundheitsberufe anstelle eines Arztes versorgen zu lassen. In der Gruppe von Versicherten, die bereits erste Erfahrungen mit der medizinischen Betreuung durch nichtärztliche Gesundheitsfachkräfte sammeln konnten, lag die Bereitschaft sogar bei 79 Prozent. Ein Gros der Befragten, nämlich 62 Prozent, geht davon aus, dass dadurch die Wartezeiten „auf jeden Fall oder wahrscheinlich“ verkürzt werden (bei Befragten mit Erfahrungen sogar 72 Prozent).

Mit Blick auf dieses Votum forderte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK Dr. Rolf-Ulrich Schlenker noch mehr Offenheit von der Ärzteschaft: „Selbstverständlich wird der Arzt zentraler Akteur im Gesundheitswesen bleiben. Allerdings müssen Ärzte und Patienten mehr Vertrauen in die Fähigkeiten anderer gut ausgebildeter Heilberufe setzen.“ Angesichts einer älter werdenden Bevölkerung und regionaler Versorgungsgenässe sollten die

nichtärztlichen Gesundheitsberufe konsequent aufgewertet und die Delegationsregelungen systematisch ausgeweitet werden. Schlenker: „Arzt und Agnes, wir brauchen beide.“

Tatsächlich wird die Akzeptanz einer Übertragung ärztlicher Leistungen maßgeblich von Erfahrungen beeinflusst. So wird die Behandlung durch qualifizierte Gesundheitsfachkräfte im Vergleich zur Behandlung durch den Arzt von Befragten mit entsprechenden Erfahrungen überwiegend positiv bewertet. Besonders gut schneidet die Ausführlichkeit der Beratung ab, die von 49 Prozent als gleich gut und von 43 Prozent sogar als besser bewertet wird. Ähnlich positiv sehen die Patienten das „Eingehen auf Fragen und die Verständlichkeit der Information“. Hier erleben 57 Prozent die Gesundheitsfachkräfte als gleich gut, 31 Prozent sogar als besser.

Für die Befragung ausgewählt wurden Versicherte aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, die Diagnosen zu Diabetes, Hypertonie oder chronischen Wunden aufwiesen. Für Patienten mit diesen Krankheitsbildern dürfen delegationsfähige Leistungen im Rahmen von Modellvorhaben erbracht werden. Insgesamt erhielten 1.817 Versicherte den Fragenbogen, unterteilt in eine 817-köpfige Gruppe mit Erfahrungen zur Behandlung durch nichtärztliches Fachpersonal und eine Kontrollgruppe mit 1.000 Frauen und Männern ohne solche Erfahrungen. 834 Fragebögen waren letzten Endes auswertbar (= 46 Prozent).

Weitere Info: Gesundheitsmonitor 4/2013  
[www.bertelsmann-stiftung.de/gesundheitsmonitor](http://www.bertelsmann-stiftung.de/gesundheitsmonitor),  
[www.barmer-gek.de/544120](http://www.barmer-gek.de/544120)

### In dieser Ausgabe:

- 1 • Weihnachtsbrief
- 2 • Umfrage zur Delegation ärztlicher Leistungen
  - Umgang mit Angehörigen demenziell Erkrankter
- 3 • Sturzprävention der AOK in Heimen zeigt Erfolge
  - Beschäftigte können arbeitsfreie Zeiten lang-fristig ansparen und nutzen
- 4 • Pflegeheime im Vergleich
- 5 • Mit gutem Licht gegen Fehltritte – BGW Tipps
  - Schleswig-Holstein Mehrheit für Kammer
- 6 • Veranstaltungen
  - Jubilare
- 7 • DPV ganz nah
- 8 • Altenpflege 2014

## Umgang mit Angehörigen demenziell Erkrankter: Robert Bosch Stiftung fördert Projekt

(Hamburg) Das Albertinen-Krankenhaus in Hamburg-Schnelsen nimmt bereits seit 2011 am Projekt „demenssensibles Krankenhaus“ teil. Bisher wurden 25 Demenzbegleiter ausgebildet, Mitarbeiter im Hol- und Bringendienst sowie Servicekräfte geschult. – „Nicht selten sind Angehörige im Krankenhaus erstmalig mit der Diagnose Demenz konfrontiert; typische Reaktionen sind Abwehr oder Angst, neben dem ‚Auffangen‘ dieser Gefühle stehen oft Informationsbedürfnisse im Vordergrund“, sagte Karin Schroeder-Hartwig, stellvertretende Pflegedirektorin im Albertinen-Krankenhaus und Leiterin des Projekts „Starke Angehörige – starke Patienten!“. „Oftmals sind sie aber auch selbst schon ‚erfahrene Experten‘ und Mit-Betroffene und insoweit geübte Stellvertreter; sie brauchen dann oft eher Entlastung als Information, aber können und wollen einbezogen werden und eine aktive Rolle spielen.“ Schließlich gebe es auch viele Angehörige, die nicht oder nur schwer erreichbar seien.

Ziel sei es deshalb, die Potenziale von Angehörigen für den Behandlungs- und Pflegeprozess zu erschließen und sie aktiv in Therapie, Pflege und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die Interaktion zwischen Behandlungsteam, Patient und Angehörigen soll befördert, unnötige Belastungen für den Patienten vermieden und das Behandlungsergebnis insgesamt verbessert werden. Mitarbeiter werden geschult, Informations-, Beratungs- und Austauschangebote für Angehörige implementiert. Darüber hinaus sollen ein Videofilm sowie ein Flyer den Klinikaufenthalt erleichtern. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet vom Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP) der Universität Bremen.



„Modern strukturierte Krankenhäuser sind aufgrund ihrer auf hohe Effizienz angelegten Betriebsabläufe bislang oft kein guter Ort für an Demenz erkrankte Patienten“, sagte Ralf Zastrau, Geschäftsführer im Albertinen-Krankenhaus. Deshalb wurde bereits 2011 das Projekt „Demenssensibles Albertinen-Krankenhaus“ gestartet, zunächst in der Zentralen Notaufnahme, der Interdisziplinären Notfall- und Kurzlieger-Aufnahmestation (INKA) sowie in der Radiologie. Großformatige Piktogramme sollen die Orientierung unterstützen (z.B. Toiletten). Rooming-in von Angehörigen ist in den meisten Bereichen möglich.

Cathrin Conradi, pag

## Sturzprävention der AOK in Pflegeheimen zeigt Erfolge 14 Prozent weniger Stürze, fast 12 Prozent weniger Brüche

Wenn sich ein älterer Mensch einen Knochen bricht, dann sind die Folgen gravierender als bei einem jungen Menschen. Dies gilt besonders für Senioren in Alten- und Pflegeheimen. Auch dort kommt es häufig zu Stürzen und Brüchen. Um Mobilität und Bewegungssicherheit zu erhalten und Stürzen vorzubeugen, bietet die AOK Rheinland/Hamburg seit 2009 ein Programm zur Sturzprophylaxe in Pflegeheimen an. Die Inhalte, Möglichkeiten und Vorteile dieses Programms wurden bei einer Tagung in Köln vorgestellt. Titel: „Sicher und mobil bleiben in Pflegeeinrichtungen – unter besonderer Berücksichtigung von Demenz“. Eine Auswertung des AOK-Präventionsangebotes in Pflegeheimen zeigt: 14 Prozent weniger Stürze und 11,8 % weniger Frakturen.

Schwerpunkt dieses Präventionsangebotes ist eine von Fachkräften durchgeführte zweieinhalb-tägige Schulung für Mitarbeiter/-innen von Pflegeeinrich-

tungen. Diese werden damit gezielt auf die Leitung von Kraft-Balance-Trainingsgruppen vorbereitet. Basierend auf den Inhalten des sogenannten Ulmer Modells werden die Trainingsgruppen als Dauerangebot in den Pflegeeinrichtungen eingerichtet. Die Fachkräfte stammen aus dem AOK-eigenen Institut für Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) in Köln. Mit diesem Engagement begleitet die AOK Rheinland/Hamburg ebenso die Ziele der Landesinitiative „Sturzprävention bei Seniorinnen und Senioren“.

Ziel der AOK für die Tagung in Köln war es, einen Beitrag zur erfolgreichen Einführung und fachgerechten Umsetzung von Maßnahmen zur Sturzprävention für Akteure aus Pflegeeinrichtungen zu leisten. Daher wurden der Stand der Wissenschaft genauso präsentiert wie Beispiele guter Praxis. Rolf Buchwitz, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland/Hamburg, betonte: „Wir wollen die

Sturzgefahr bei Seniorinnen und Senioren verringern sowie Frakturen und den oft erforderlichen Krankenhaus-Aufenthalt verhindern. Unser Ziel ist aber auch, möglichst vielen Menschen das Altwerden mit einer hohen Lebensqualität zu ermöglichen. Unser Angebot vermittelt Fachkräften aus Pflegeeinrichtungen, wie Maßnahmen der Sturzprävention im pflegerischen Alltag umgesetzt werden können.“

Auch bietet die AOK Rheinland/Hamburg den Mitarbeitern, die die Kraft-Balance-Trainingsgruppen leiten, Aufbau-Workshops an, u. a. zum Training mit Demenz-Erkrankten. Seit 2009 wurden insgesamt rund 800 Beschäftigte aus über 400 Pflegeeinrichtungen geschult. Das Angebot wird flächendeckend umgesetzt. Lobenswert ist, dass rund 85 Prozent der teilnehmenden Heime feste Trainingsgruppen dauerhaft installiert haben

Nähere Info:

[www.aok.de/rheinland-hamburg/die-aok/presse](http://www.aok.de/rheinland-hamburg/die-aok/presse)

## Beschäftigte können arbeitsfreie Zeiten langfristig ansparen und nutzen

(Heidelberg) Neuer Tarifvertrag „Langzeitkonten und Demografie“ für die baden-württembergischen Universitätsklinikum abgeschlossen / Flexible Modelle für den Übergang in den Ruhestand, Familienzeiten und Qualifikation / 24.000 Beschäftigte an vier Standorten

Beschäftigte der baden-württembergischen Universitätsklinikum können ab 1. Januar 2014 unter günstigen Konditionen Teile ihres Gehalts ansparen, um einen gleitenden Übergang in den Ruhestand oder Freistellungen für Kinderbetreuung, Angehörigenpflege, Qualifizierung oder Sabbatjahre zu finanzieren. Möglich macht dies der neue Tarifvertrag „Langzeitkonten und Demografie“, den die Universitätsklinikum und die Gewerkschaft ver.di am 1. Oktober 2013 unterzeichnet haben und der im neuen Jahr in Kraft treten wird.

Der Vertrag gilt für rund 24.000 Beschäftigte der Standorte Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm und hat eine Mindestlaufzeit von zehn Jahren. Die Universitätsklinikum geben eine Anschubfinanzierung von 3,75 Millionen Euro für rentennahe Jahrgänge, die mit ihrer verbleibenden Arbeitszeit keine nennenswerten Beträge mehr ansparen können.

Die Langzeitkonten sollen Beschäftigte in ihrer persönlichen Lebenssituation unterstützen, sei es bei altersgerechtem Arbeiten und flexiblen Übergängen in den Ruhestand, bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der beruflichen Weiterentwicklung. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen sich Tag für Tag mit hohem Engagement für die Versorgung schwerkranker Patienten ein“, erklärte die Kaufmännische Direktorin des Universitätsklinikums Heidelberg Irmtraut Gürkan. „Wir bieten ihnen langfristig attraktive Arbeitsplätze an. Der neue Tarifvertrag Langzeitkonten und Demografie ist dabei ein wichtiger Baustein.“

### Zuschläge, Sonderzahlungen und Teile des Gehalts einbringen

Der Tarifvertrag ermöglicht es den Beschäftigten, individuell ein Langzeitkonto einzurichten, in das sie Zuschläge, Sonderzahlungen und Teile des Gehalts einbringen können. Der Arbeitgeber zahlt entsprechend die Sozialversicherungsbeiträge ein. Die Konten werden ausschließlich in Geldwerten geführt, die dann bei Bedarf abgerufen werden können. Ein Treuhänder sorgt für die Sicherheit der eingebrachten Gelder.

Die Verträge werden nach ausführlicher Beratung individuell erstellt. Dazu gehören Absprachen, über welchen Zeitraum welche Beiträge angespart und für welchen Zweck diese dann wieder abgerufen werden. So ist es z.B. möglich, vor Erreichen des Rentenalters beruflich kürzer zu treten oder ganz freigestellt zu werden bei entsprechendem Lohnausgleich. „In der Pflege beispielsweise kann die Arbeit physisch und psychisch sehr anstrengend sein.

Pflegekräfte können Auszeiten nehmen oder vor dem Ruhestand ihre Arbeitszeit reduzieren und die damit verbundenen Gehalts-einbußen durch das Geld aus dem Langzeitkonto kompensieren“

erklärte Stephanie Wiese-Hess, Leiterin des Geschäftsbereichs Personal. Auch wer Kinder betreuen oder Angehörige pflegen möchte, kann sein Langzeitkonto dafür nutzen. „Hier werden sicherlich die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den nächsten Jahren weiter wachsen“, sagte Stephanie Wiese-Hess. Dies treffe auch auf Freistellungen zur beruflichen Weiterqualifikation zu, z.B. im Rahmen eines Aufbaustudiengangs.

Nähere Info: Stephanie Wiese-Hess,  
Email: [stephanie.wiese-hess@med.uni-heidelberg.de](mailto:stephanie.wiese-hess@med.uni-heidelberg.de)

## Pflegeheime im Vergleich: Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind Spitzenreiter

(Berlin) – Seit über einem Jahr können Angehörige bundesweit über das Pflegeplatz-Vermittlungsportal seniorplace.de Beurteilungen zu Pflegeheimen abgeben und damit gleichermaßen anderen pflegesuchenden Familien eine praktische Orientierungshilfe bei der Auswahl eines Pflegeheimes liefern. Verschiedene Kriterien wie Pflege, Ausstattung und Gastronomie werden in qualitativen Interviews mittels einer 5-Sterne-Skala klassifiziert und ein Durchschnittswert erfasst.

Nun veröffentlicht Seniorplace erste Ergebnisse des bundesweiten Zufriedenheits-Checks. Seit Mai 2012 wurden insgesamt 9.022 Interviews zu rund 900 Pflegeeinrichtungen erhoben und ausgewertet. Spitzenreiter im Vergleich sind die neuen Bundes-

länder, angeführt von Brandenburg (4,24 Sterne), Sachsen-Anhalt (4,22 Sterne) und Thüringen (4,20 Sterne). Sie liegen mit 4,16 Sternen deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 4,09 Sternen. Schlusslicht mit nur 3,85 Sternen ist Baden-Württemberg hinter Bremen (4,00 Sterne) und Niedersachsen (4,01 Sterne).

Familien eine zügige und unbürokratische Unterstützung bei der Suche nach dem geeigneten Pflegeplatz zu bieten – mit diesem Ziel startete 2003 die erste unabhängige Pflegeplatzvermittlung Deutschlands. Seither wirbelt Seniorplace den Pflegemarkt auf. Ebenso innovativ wie die Gründungsidee ist auch diese jüngste Offensive des Serviceunternehmens, das sich mittels Angehörigenbefragungen für Transparenz und bessere Qualität in der Pflege einsetzt.

### Qualität in Pflegeheimen: Wie zufrieden sind eigentlich Angehörige?

Es wurden insgesamt 9.022 Angehörige zu rund 900 Pflegeeinrichtungen befragt. Die Angehörigenzufriedenheit liegt im Bundesdurchschnitt bei 4,09 Sternen. Im Bundesländervergleich weichen von diesem Mittelwert die Bewertungen ober- bzw. unterhalb der Linien signifikant ab.

Bundesland	Zufriedenheit von Angehörigen in Sternen*
Brandenburg	4,24
Sachsen-Anhalt	4,22
Thüringen	4,20
Hamburg	4,19
Saarland	4,15
MV	4,14
Schleswig-Holstein	4,11
Bayern	4,08
Sachsen	4,08
Berlin	4,07
NRW	4,06
Rheinland-Pfalz	4,04
Hessen	4,02
Niedersachsen	4,01
Bremen	4,00
Baden-Württemberg	3,85

\* 5,0 = sehr gut  
4,0 = gut  
3,0 = befriedigend  
2,0 = ausreichend  
1,0 = mangelhaft



Quelle: Seniorplace GmbH, Berlin 2013

### Über Seniorplace:

Seniorplace ist die größte Pflegeplatzvermittlung Deutschlands und seit 10 Jahren eines der führenden Beratungsunternehmen für Pflege und Wohnen im Alter. Über die gebührenfreie Servicehotline 0800.22 30 800 können sich Pflegesuchende rund um die Uhr auch am Wochenende und an Feiertagen zu freien Pflegewohnangeboten deutschlandweit informieren. Als einziges Serviceunternehmen seiner Art wurde Seniorplace 2012 vom TÜV mit dem Prädikat „Sehr Gut“ (Note 1,33) ausgezeichnet.

[www.seniorplace.de](http://www.seniorplace.de)

## Mit gutem Licht gegen Fehlritte – BGW gibt Tipps gegen Stürze und Stolpern in der dunklen Jahreszeit

(Hamburg) – Stolpern, Rutschen und Stürzen sind die häufigsten Unfallursachen in Beruf und Freizeit. Im Herbst und Winter kommen zu den allgemeinen Gefahrenquellen noch weitere hinzu. Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) gibt Tipps, wie sich Stolper-, Rutsch- und Sturzunfällen in Betrieben und zu Hause vorbeugen lässt.

### Beleuchtung checken

Oft sind es nur Kleinigkeiten, die zu schwerwiegenden Unfällen führen: herumliegende Gegenstände, rutschige Schuhsohlen oder einfach Unaufmerksamkeit. In der dunklen Jahreszeit spielt zudem mangelndes Licht eine Rolle. „Gute Sichtverhältnisse tragen viel zur Unfallvermeidung bei“, erklärt Präventionsexperte Werner Reick von der BGW. Deshalb empfiehlt er im Herbst einen Beleuchtungsscheck im und um das Gebäude. Vor allem geht es dabei um die Beleuchtung

auf Gängen, Fluren und in Treppenhäusern. Wer schummrige Stellen entdeckt, kann zusätzliche Lampen anbringen oder in die vorhandenen stärkere Leuchtmittel einsetzen.

### Laufwege frei halten

Aber nicht immer ist helles Licht erwünscht. „Wer es bei gedämpftem Licht gemütlich haben möchte, schaut sich am besten vorher gezielt nach möglichen Stolperquellen um und beseitigt sie“, rät Reick. „Laufwege sollten immer frei bleiben – auch von Halloeen-, Advents- oder Weihnachtsdekoration. Kabel, beispielsweise von Lichterketten, lassen sich so verlegen, dass sie keine Fußangeln bilden. Es gibt natürlich auch gefährliche Stellen, die man nicht einfach beseitigen kann, z. B. Teppichränder. Die sollten zumindest eben und erkennbar bleiben.“

### Für trockene Böden sorgen

Eine weitere Gefahrenquelle sind rutschige

Böden. Gerade im Herbst und Winter wird oft Feuchtigkeit in Eingangsbereiche hineingetragen. Werner Reick: „Hier hilft eine Sauberlaufzone mit einer Nässe aufnehmenden Matte. Unabhängig davon empfiehlt es sich, Feuchtigkeit und Schmutz so schnell wie möglich von Böden zu entfernen.“

### Vorsichtig gehen und auf Profilsohlen achten

Zudem steigt in der dunklen Jahreszeit die Unfallgefahr im Freien. Es muss nicht einmal schneien oder frieren, damit es draußen glatt wird. Auch Herbstlaub und selbst Feuchtigkeit können zu Rutschpartien auf Straßen und Wegen führen. „Darum gilt zu Fuß das gleiche wie mit dem Auto: Hast und Eile am besten vermeiden“, erklärt der Präventionsfachmann der BGW. „Und was für den Wagen der Winterreifen ist, ist für den Schuh die Profilsohle.“

Nähere Info: [www.bgw-online.de](http://www.bgw-online.de)

## Schleswig-Holstein: Ergebnis der Befragung zur Errichtung einer Pflegekammer – Mehrheit für Kammer

(Kiel) Das vom Land beauftragte Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest Sozialforschung hat die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur Errichtung einer Pflegekammer vorgelegt. Demnach begrüßt die absolute Mehrheit der befragten Pflegekräfte die Errichtung einer Pflegekammer: 51 % bewerten die Einrichtung einer Pflegekammer mit „finde ich gut“, 24 % antworteten mit „finde ich nicht gut“. Ein Viertel aller Befragten (25 %) hatten sich noch keine Meinung gebildet.

Im Rahmen der Umfrage unter 1170 examinieren Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege wurde außerdem u.a. zum Thema Kammerbeiträge, zu einer Bewertung der potentiellen Aufgaben der Kammer sowie zum Informationsstand befragt.

Es wurde deutlich, dass laut Selbsteinschätzung die Mehrheit der Befragten einen hohen oder mittleren Informationsstand bezüglich des Themas hat (insgesamt 58 %). 42 % hatten nach eigener Einschätzung einen niedrigen Informationsstand. Aus der Umfrage geht hervor, dass je höher der Informationsstand der Befragten war, desto höher war die Zustimmung zur Errichtung einer Pflegekammer. Rund zwei Drittel aller Befragten sehen in der Pflegekammer eine Vertretung der beruflich Pflegenden (Zustimmung 68 %), die der Pflege eine einheitliche Stimme in Politik und Öffentlichkeit gibt (Zustimmung 67 %) und deren Position im Gesundheitswesen stärkt (Zustimmung 65 %). Ebenfalls rund zwei Drittel gaben an, dass eine Kammer die Hauptprobleme in der Pflege (Fachkräftebedarf; niedrige Löhne) nicht lösen könne. Die Zustimmungswerte zur Errichtung der Kammer unterscheiden sich in den Berufsgruppen, wobei die Zustimmung in der Krankenpflege am höchsten ist.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse durch TNS Infratest Sozialforschung im Sozialministerium gestern informierte Gesundheitsministerin Kristin Alheit am 24.10. den Sozialausschuss des Landtages. Alheit betonte: „Die Erkenntnisse der Umfrage werden wir im weiteren Verfahren zur Errichtung der Pflegekammer nutzen. Sie geben Hinweise für die Ausgestaltung der Pflegekammer. Dazu gehört für mich auch, dass die Kosten einer Kammer für die Mitglieder einkommenskompatibel sein müssen. Eine Möglichkeit wären gestaffelte Beiträge. Außerdem wurde deutlich, dass eine weitergehende Information der Beteiligten notwendig ist“. Eine Pflegekammer sei kein Allheilmittel, denn um die Zukunft der Pflege zu gestalten, sei eine Vielzahl von Ansätzen erforderlich. „Ich bin mir aber sicher, dass eine Pflegekammer dazu beitragen kann, den Pflegeberuf zu stärken und die Qualität in der Pflege weiter zu verbessern, so die Ministerin weiter. „Davon sollen nicht nur Pflegekräfte, sondern auch Pflegebedürftige profitieren“.

Das Sozialministerium plant noch in diesem Jahr eine Pflegekammer-Konferenz, um Verbände, Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und weitere Beteiligte über den Stand des Verfahrens zu informieren und sich gemeinsam abzustimmen. Mit einem entsprechenden Pflegekammergesetz, das innerhalb des kommenden Jahres in Kraft treten soll, soll die Voraussetzung zur Bestellung eines Errichtungsausschusses geschaffen werden, der dann eine Kammerwahl vorbereiten kann.

Weitere Info / Abschlussbericht der Umfrage:

[www.sozialministerium.schleswig-holstein.de](http://www.sozialministerium.schleswig-holstein.de),

Suchwort Pflegekammer.

## Deutscher Pfl egetag - 23. bis 25. Januar 2014

Maritim proArte Hotel Berlin | Friedrichstraße 151 | 10117 Berlin-Mitte

Der Deutsche Pfl egerat (DPR) organisiert ab Januar 2014 gemeinsam mit Springer Medizin und dem AOK-Bundesverband in Berlin den Deutschen Pfl egetag. Der Kongress setzt den interdisziplinären Dialog über die Weiterentwicklung der Pflege in den Fokus und schafft damit ein zukunftsweisendes Forum. Das Kongressprogramm richtet sich an: Entscheider in Politik, Wirtschaft und Bildung, Manager innerhalb der Branche, beruflich Pflegenden und pflegende Angehörige. Damit unterstützt Springer Medizin den DPR auf dem Weg zur Selbstverwaltung und beweist sich als innovativer und solider Partner der professionellen Pflege in Deutschland.

**Kongresseröffnung 23.01.14 – 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr**

Andreas Westerfellhaus, Berlin, Präsident Deutscher Pfl egerat

**Wenn der Pflege die Puste ausgeht - Gibt es einen politischen Sicherstellungsauftrag?**

Moderation: W. van den Bergh, Neu-Isenburg

**Ethik statt Monetik - Was können wir noch verantworten?**

Dr. Heiner Geißler, Bundesminister a. D.

**Podiumsdiskussion: Deutschland und das Pflegedefizitsyndrom**

- Bild der Pflege in der Gesellschaft: Warum funktioniert die Modernisierung der Pflegeberufe in Deutschland nicht?
- Fachkräftemangel: Warum ist er in Deutschland besonders stark ausgeprägt und was sind die Auswirkungen auf die Versorgungssituation?
- Therapieansätze: Wie können konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen in der Pflege geschaffen werden?

**Teilnehmer:** Dr. Heiner Geißler, Bundesminister a.D. (angefragt), Gernot Kiefer, Berlin, Vorstand GKV-Spitzenverband (angefragt), Cornelia Prüfer-Storcks, Hamburg, Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz (angefragt), Fritz Schösser, Berlin, Aufsichtsratsvorsitzender AOK-Bundesverband, Prof. Dr. Frank Weidner, Köln/Vallendar, Direktor Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (dip), Andreas Westerfellhaus, Berlin, Präsident Deutscher Pfl egerat.

Außerdem gibt es an beiden Tagen interessante Workshops und Seminare.

Nähere Info und Programm:

Springer Medizin, Kongresse & Events, Telefon 030/82787-5510,

Email: [andrea.tauchert@springer.com](mailto:andrea.tauchert@springer.com)



Bei Teilnahme an den Veranstaltungen erhalten Sie 6 Punkte im Rahmen der Registrierung beruflich Pflegenden pro Tag

## zukunftlebensräume

Bauen, Wohnen und Gesundheit im Wandel



## Save the date!

2. + 3. April 2014  
Congress Center Messe Frankfurt

Erste interdisziplinäre Kongressmesse zu den Lebensräumen der Zukunft im Kontext des gesellschaftlichen Wandels.

[www.zukunft-lebensraeume.de](http://www.zukunft-lebensraeume.de)

Content- und Marketingpartner:



Veranstalter:



## DPV-Jubilare

**30 Jahre Mitgliedschaft**

Merscher, Carmen, Trier

**25 Jahre Mitgliedschaft**

Kellermann, Helena, Monsheim

Moreira, Dores, Babenhausen

Schweitzer, Christine, Waldsolms

Scheuer, Heike, Nieder-Olm

**20 Jahre Mitgliedschaft**

Birkholz, Regina, Nauheim

Gilles, Irmgard, Gappenhach

Schiffer, Cornelia, Bad Dürkheim

**Wir bedanken uns für Ihre Treue!**



## DPV – ganz nah und aktuell

### KURZ notiert

#### DPV-Hauptstadtbüro Berlin

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Uwe Kropp, Ev.Krankenhaus  
Königin Elisabeth Herzberge gGmbH,  
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin,  
Tel.: 030/5472 2110  
E-mail: kropp.hauptstadtbuero@  
dpv-online.de

#### DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Marion Mielsch  
E-mail:  
marion.mielsch@t-online.de  
Fax: 07 735/93 772 429

#### DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Ivonne Rammoser,  
Holzmann Medien GmbH,  
Gewerbestr. 2, 86825 Bad Wörishofen,  
Tel.: 08247/354 340,  
Telefax: 08247 354 4237,  
Email: rammoser.servicepoint  
bayern@dpv-online.de

#### DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Uwe Kropp, EKH,  
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin,  
Tel.: 0 30/5472 2110  
E-mail:kropp.hauptstadtbuero@  
dpv-online.de

#### DPV Service-Point Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Frank Tost  
Seniorenpflegeheim Mittelfeld  
Am Mittelfelde 100, 30519 Hannover  
E-Mail: dpv-point-nieder-  
sachsen@kabelmail.de  
Tel.: 0 511 / 87 964-119  
Fax: 0 511 / 87 964-127

#### DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Annemarie Czerwinski  
Bertha-Bagge-Str. 55  
60438 Frankfurt  
Tel.: 069/761 904  
E-mail: amalee@t-online.de  
Wichtig: Bitte bei Anfragen als  
Betreff „DPV-Anfrage“

#### DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Karl Heinz Heller  
E-mail: khheller@gmx.de

#### DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
Tel.: 02 631/83 88-0  
Fax: 02 631/83 88-20  
E-mail: info@dpv-online.de

#### DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Ilona Groß  
E-mail: ilonagross@web.de

#### DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Melitta Daschner  
Blattstr. 12  
66564 Ottweiler

#### DPV Service-Point für Sachsen

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Brigitte Urban-Appelt  
Tel.: 03 514 215 400  
Fax: 03 514 245 441  
E-mail: b-bau@gmx.de

#### DPV Service-Point für Thüringen, Sachsen-Anhalt

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Martina Röder  
Tel.: 036 331/35 101  
E-mail: m.roeder@senioren-  
pflege-neanderklinik.de

## DPV

**Hauptgeschäftsstelle**  
Mittelstraße 1  
56564 Neuwied

**Telefon: 0 26 31/83 88 -0**

**Fax: 0 26 31/83 88 -20**

**E-Mail:**

**Info@dpv-online.de**

**Sie finden uns auch im WEB**  
**www.dpv-online.de**

Hier finden Sie  
viel Interessantes und  
Aktuelles.

Für unsere Mitglieder wurde ein  
spezieller  
Mitgliederbereich  
geschaffen und der  
Zugriff erfolgt über  
das Kennwort:

**User:**  
**Mitglied**  
**Kennwort:**

Besuchen Sie uns!  
Über Ihre  
Mitarbeit und/oder  
Anregungen  
würden wir uns  
freuen.

#### Impressum

##### Herausgeber:

Deutscher Pflegeverband (DPV);  
V.i.S.d.P. Rolf Höfert

##### Redaktionsanschrift:

Deutscher Pflegeverband (DPV),  
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied  
Tel.: 02631/8388-0  
Fax: 02631/8388-20  
Internet:  
<http://www.dpv-online.de>  
Email: [info@dpv-online.de](mailto:info@dpv-online.de)

**Gemeinsam sind wir stark!**  
**Jedes Mitglied wirbt ein Mitglied!**

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch  
Kolleginnen und Kollegen überzeugen!  
Fordern Sie Infomaterial an!



## THE PLACE TO BE

700 Aussteller zeigen auf  
50.000 qm Ausstellungsfläche  
Produkte und Versorgungs-  
strukturen für Morgen!

- Möbel und Raumeinrichtungskonzepte
- Gebäudetechnik
- Pflegegeräte und -hilfsmittel,  
Mobilitätshilfen
- Ernährung und Hauswirtschaft
- Therapietechnik
- Kommunikationstechnik, Organisation

TO STAY INFORMED  
[www.altenpflege-messe.de](http://www.altenpflege-messe.de)



# GEMEINSAM IHRE ZUKUNFT PFLEGEN.



## ALTENPFLEGE 2014

Die Leitmesse der Pflegewirtschaft.

**25. – 27. März – Messe Hannover**

FACHAUSSTELLUNGEN  
 **HECKMANN** GMBH  
UNTERNEHMENSGRUPPE DEUTSCHE MESSE AG

  
**VINCENTZ**

[www.altenpflege-messe.de](http://www.altenpflege-messe.de)